

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16143

"Regionalisierung von Verwaltung - Behördenverlagerungen 2015"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16143 vom 28.03.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 29.03.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16990 des HA vom 09.05.2017
4. Beschluss des Plenums 17/17105 vom 30.05.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 30.05.2017



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hahnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen 2015

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über den Stand der Planungen bei dem von Staatsminister Markus Söder angekündigten Gesamtkonzept „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen 2015“, das am 4. März 2015 vorgestellt wurde, mündlich und schriftlich zu berichten.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Für welche der geplanten Behördenverlagerungen gibt es mittlerweile einen Projekt-, Zeit- und Finanzplan und wie sieht dieser gegebenenfalls aus?
2. Wie viele Arbeitsplätze werden nach derzeitigen Planungen an den jeweiligen Standorten bis wann entstehen?
3. Wie weit sind die einzelnen Behördenverlagerungen in der Umsetzung schon fortgeschritten?
4. a) Bis wann ist geplant, dass die einzelnen Behörden an den neuen Standorten ihren Betrieb aufnehmen?
4. b) Bis wann soll die Gesamtzahl der dort geplanten Mitarbeiter tatsächlich ihre Arbeit aufnehmen?

5. a) Stehen staatseigene Immobilien bzw. Grundstücke in den für die Verlagerung vorgesehenen Kommunen für die Nutzung der zu verlagernden Behörden zur Verfügung und falls ja, welche?
5. b) Wenn nicht, wie ist der Stand der Verhandlungen bzgl. des Grunderwerbs und wann sollen diese Grunderwerbsverhandlungen jeweils zum Abschluss gebracht werden?
6. Welche Kosten entstehen dem Freistaat in den einzelnen Standorten für die Bereitstellung bzw. den Bau einer geeigneten Immobilie samt funktionierender Infrastruktur?
7. Gibt es seit der Ankündigung vom 4. März 2015 weitere Entscheidungen der Staatsregierung, bestehende Behörden zu verlagern oder neue Behörden im ländlichen Raum anzusiedeln? Gegebenenfalls ist auch für diese Projekte über den jeweiligen Zeit- und Finanzplan zu berichten.

### Begründung:

Staatsminister Dr. Markus Söder hat gegenüber der Deutschen Presse-Agentur am 2. März 2017 verkündet, dass die im Jahr 2015 gestarteten Behördenverlagerungen schneller vorankommen würden als geplant und dass der Großteil der Verlagerungen bis zum Jahr 2020 abgeschlossen sein werde. Diese Prognose setzt voraus, dass entgegen der bisherigen Darstellungen ein Projekt- und Zeitplan für jede einzelne der angekündigten Behördenverlagerungen vorliegen muss. Über den Verfahrensstand und über die erwarteten Kosten der jeweiligen Behördenverlagerungen soll der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Informationen erhalten – und nicht nur die Medien.

Nachmittag gut aufgehoben sind, und die Eltern ihrer Arbeit nachgehen können.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/16139, die in namentlicher Form durchgeführt wird. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.53 bis 17.58 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen, da wir jetzt eine einfache Abstimmung durchführen müssen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/16155. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/16138. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.59 bis 18.02 Uhr)

Die Zeit ist um. Es wird wieder außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt.

Ich gebe bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/16140 bis 17/16144 sowie auf den Drucksachen 17/16156 und 17/16157 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rehabilitierung der wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verfolgten" auf Drucksache 17/16137 bekannt: Mit Ja haben gestimmt 57, mit Nein 78, Stimmenthaltungen 4. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
**Zeichen der Zeit erkennen - Rückkehrberatungen und -hilfen intensivieren (Drs. 17/15035)**

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass die Redezeit 24 Minuten beträgt. Erster Redner ist der Kollege Dr. Fahn.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema Rückkehrhilfen und Rückkehrberatung ist im Moment in aller Munde. Die Bundesregierung sagt, dieses Thema sei wichtig, die Rückkehrhilfen und die Rückkehrberatung müssten gesteigert werden. Allerdings gibt es hier noch großen Nachholbedarf. Deshalb war es uns wichtig, dieses Thema im Plenum zu besprechen. Eine Studie von McKinsey sagt in aller Deutlichkeit, dass freiwillige Ausreisen wichtig seien und dass eine Steigerung auf 300.000 erreichbar sei. Fakt ist, im Jahr 2016 sind aus Deutschland nur 54.000 Flüchtlinge freiwillig ausgereist. Das ist insgesamt einfach deshalb zu wenig, weil es hier um konkrete Kosten geht, nach der Studie von McKinsey um 670 Euro je Person für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Hinzu kommen noch die Kosten für Schlafplätze und für Essen und Trinken. Deswegen wäre es sowohl für uns als auch für die Flüchtlinge wichtig, eine freiwillige Rückkehr zu erreichen. Das ist immer noch besser als Abschiebung, weil es dabei immer wieder bürokratische Probleme gibt.

Wir haben diesen Antrag gestellt und gesehen, dass es sowohl bei der Staatsregierung als auch bei bestimmten Behörden noch Defizite gibt. Auf der Homepage der Zentralen Rückkehrberatung Südbayern war noch am 20.02.2017 Folgendes zu lesen: Aufgrund des großen Andrangs in der Beratungszeit müssen wir aus personellen Gründen vorübergehend die Unterstützung bei der freiwilligen Ausreise einstellen. Ein Ausbau ist angedacht und in Planung.

Meine Damen und Herren, das ist ein konkret eingeräumtes Defizit, dem wir abhelfen müssen. Weiter war auf der Homepage zu lesen: Die zentrale Rückkehrberatung Süd- und Südostbayern ist aufgrund einer gedeckelten Personalkapazität – Urlaub und Krankheit – derzeit nur eingeschränkt besetzt. Man sei bemüht, einen Notbetrieb aufrechtzuerhalten.

Diese Passage hat man jetzt, nachdem wir sie schon einmal im Sozialausschuss behandelt haben, von der Internetseite gestrichen. Aber das ist einfach zu



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,  
Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 17/16143

**Regionalisierung von Verwaltung - Behördenverlagerungen 2015**

### **I. Beschlussempfehlung:**

**Ablehnung**

Berichterstatter: **Alexander Muthmann**  
Mitberichterstatter: **Hans Herold**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 150. Sitzung am 5. April 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 57. Sitzung am 9. Mai 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

**Peter Winter**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/16143, 17/16990

**Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen 2015**

**Ablehnung**

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Hans Herold

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Markus Ganserer

Staatssekretär Albert Füracker

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,**

**Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Regionalisierung von Verwaltung - Behördenverlagerungen 2015 (Drs. 17/16143)**

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem Herrn Kollegen Pohl das Wort erteilen.  
Bitte schön, Herr Kollege.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben einen Berichtsantrag über den Stand der Behördenverlagerungen im Freistaat Bayern gestellt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Behördenverlagerungen begrüßen wir ausdrücklich. Sie tragen dazu bei, das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu erreichen. Als Sie noch die alte Rangliste hatten – München Champions League, Oberbayern Bundesliga, der Rest Bayerns Landesliga –, haben wir schon gefordert, von diesem Stoiber-Dogma abzugehen und Bayern gleichmäßig zu entwickeln. Alle Regionen haben ihre Stärken, und deren gleichmäßige Entwicklung kommt dem Freistaat insgesamt zugute.

Hier ist in den vergangenen Jahren einiges in Bewegung gekommen. Damit meine ich nicht nur die Verfassungsänderung, die wir gemeinsam mit CSU und SPD auf den Weg gebracht haben. Wir haben auch tatsächliche Verbesserungen erreicht. Diese bleiben zwar hinter dem zurück, was wir gern erreicht hätten; aber man muss anerkennen, dass der Teil der Heimatstrategie, der die Verlagerung von Behörden in die Regionen Bayerns betrifft, ein wichtiger Beitrag dazu ist, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen.

Wir sind der Meinung, dass der erste Schritt getan ist. Jetzt muss ein zweiter Schritt folgen. Wir müssen noch mehr Behörden in die Regionen verlagern. Wir müssen uns auch die Ankündigungen ansehen und prüfen, was denn umgesetzt wird. Das eine

oder andere ist schon umgesetzt worden. Das eine oder andere steht aber noch in den Startlöchern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da ist es nur richtig, wenn der zuständige Minister für Landesentwicklung und Heimat Markus Söder im Haushaltsausschuss darüber berichtet.

Wir waren sehr überrascht und erstaunt, dass dieser Antrag von der CSU-Fraktion mit der Begründung abgelehnt wurde: Na ja, irgendwann wird er schon berichten. Ich hätte es verstanden, wenn der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Kollege Peter Winter, gesagt hätte, dass dieses Thema auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung oder der Sitzung in zwei Wochen stünde. In diesem Fall hätten wir den Antrag für erledigt erklärt. Das ist keine Frage. Wenn jedoch gesagt wird, der Minister werde irgendwann berichten, muss ich mir schon die Frage nach dem Selbstbewusstsein dieses Parlaments stellen. Ich denke, wir haben ein Anrecht darauf, dass uns die Staatsregierung über die Umsetzung der Heimatstrategie berichtet, und zwar nicht irgendwann, sondern zeitnah; denn wir müssen auch nachsteuern können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen konkret sagen können, dass wir es an der einen oder anderen Stelle gern etwas schneller hätten oder dass mehr getan werden muss. Wir müssen auch sagen, wo wir auf einem guten Weg sind. Da geht es gar nicht um Konfrontation. Vielmehr ist es die Aufgabe des Parlaments, die Arbeit der Staatsregierung zu kontrollieren.

Ich bin gespannt, ob die CSU-Fraktion heute diesem Antrag zustimmen wird oder zumindest einen konkreten Termin für die Erledigung dieses Antrags nennt. Es sollte zeitnah, noch vor der Sommerpause, aufgezeigt werden, wann der Minister gedenkt, uns zu informieren.

Wir haben darauf ein Anrecht. Wir halten die Heimatstrategie und die Behördenverlagerungen für wichtig. Das sehen nicht alle Fraktionen in diesem Hause so, aber zumindest die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der CSU. Ich denke, dass

wir ein Anrecht auf einen Bericht haben. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CSU-Fraktion ertheile ich Herrn Kollegen Herold das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Hans Herold (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Bernhard Pohl, dieser Antrag wurde nicht abgelehnt. Wir haben vielmehr darauf hingewiesen, dass er überholt ist. Natürlich wird unser Heimat- und Finanzminister, Herr Dr. Markus Söder, zeitnah einen Bericht abgeben. Das war auch unsere Begründung im Haushaltausschuss am 5. April 2017.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wann denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen schon heute: Dieser Bericht wird sehr positiv sein, insbesondere im Hinblick auf die Stärkung des ländlichen Raumes.

Da der eigentliche Berichterstatter dieses Antrags Herr Kollege Alexander Muthmann ist, wollte ich ihm auflisten, welche Behördenverlagerungen für seinen Wahlkreis und für Niederbayern insgesamt vorgesehen sind. Das ist nämlich ein großes Paket. Zweiseit erhält beispielsweise das Bayerische Landesamt für Steuern. In Regen wird das Grüne Zentrum errichtet. In Grafenau wird der Förderstützpunkt BayernLabo eingerichtet. Nach Freyung wird die Abteilung "Staats- und Landesgrenzen Bayern" des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung verlagert. Vilshofen erhält eine Außenstelle des Staatlichen Bauamtes Passau und ein BayernLab. Deggendorf erhält eine Dienststelle der Autobahndirektion Südbayern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet, dass Niederbayern insgesamt 395 neue Mitarbeiter erhält. Das ist ein starkes Signal für die Stärkung des ländlichen Raumes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist eine große Leistung der Staatsregierung, mit der wir unseren ländlichen Raum stärken wollen. Bayern ist ein wunderbares Land. Ich sage das aus voller Überzeugung. Der Freistaat Bayern bedeutet für viele Menschen die Hoffnung auf ein besseres Leben. In der Folge wächst der Freistaat Bayern immer stärker. Laut dem Statistischen Landesamt werden bis zum Jahr 2030 fast 13 Millionen Menschen bei uns leben. Das ist eine Abstimmung mit den Füßen und ein Zeugnis für die Zukunftsfähigkeit des Freistaats Bayern. Die Behördenverlagerungen zeigen, dass wir insbesondere für unsere ländlichen Räume eine starke und auch gute Strukturpolitik leisten. Neben sicheren Arbeitsplätzen und gut ausgestatteten Hochschulen ist die Behördenverlagerung ein sehr gutes Instrument der Strukturpolitik in Bayern.

Ich komme aus Westmittelfranken. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass die Räume mit besonderem Handlungsbedarf – ich nenne sie Räume mit besonderen Chancen – in der Zukunft sehr gut bedient werden. Gunzenhausen bekommt zum Beispiel das Landesamt für Schule mit sehr vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Landkreis Neustadt an der Aisch/Bad Windsheim ist ein Raum mit besonderem Handlungsbedarf. Dorthin werden das Servicezentrum Bayern-Server, ein BayernLab und das Landesluftbildarchiv verlagert. Damit wird die Kreisstadt Neustadt an der Aisch gestärkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Konzept "Regionalisierung von Verwaltung" sieht 64 Verlagerungen im Umfang von insgesamt 3.155 Personen vor. Ich sage mit Stolz: Unsere Bayerische Staatsregierung hält Wort. Es gibt keine Zwangsversetzung an die neuen Zielorte. Dieser Personalaufbau erfolgt überwiegend durch Neueinstellungen von Beschäftigten aus der Region. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme aus einer Region, in die sehr viele Menschen, beispielsweise aus München, wieder zurück möchten. Diese Menschen sind dankbar dafür, dass Behördenverlagerungen stattfinden. Diese Menschen wollen aus dem großen Zentrum München wieder zurück in den ländlichen Raum.

Bis März 2017 wurde bereits bei insgesamt 32 Behörden und staatlichen Einrichtungen der Betrieb aufgenommen. Aktuell gibt es weitere Umsetzungen. In den Jahren 2017 und 2018 gehen voraussichtlich 10 bis 20 Behörden in Betrieb. An den bislang eingerichteten Standorten wird zudem der Personalaufbau fortgesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses bayerische Modell Heimatstrategie funktioniert auch in der Praxis sehr gut. Die Staatsregierung liegt – dafür bin ich sehr dankbar – bei der Umsetzung der Behördenverlagerung voll auf Kurs. Bayernweit wird in diesem Bereich sehr engagiert und motiviert gearbeitet. Bei allen Verlagerungsprojekten wurde ein Flächenmanagementverfahren eingeleitet. Um einen zügigen Personalaufbau vor Ort zu ermöglichen, wurde bei einigen Verlagerungsprojekten auch auf eine Zwischenunterbringung zurückgegriffen. Wie Sie wissen, gilt dies zum Beispiel auch für die Verlagerung eines gesamten Ministeriums, nämlich die Verlagerung des Gesundheitsministeriums von München nach Nürnberg. In allen Regierungsbezirken wurde bis Ende 2016 bei insgesamt 26 Behörden und staatlichen Einrichtungen mit bislang rund 170 Beschäftigten und Studierenden der Betrieb aufgenommen. Im ersten Quartal 2017 wurde hier sehr positiv weiter verfahren.

Ein Kernstück war die Verlagerung des Gesundheitsministeriums von München nach Nürnberg, eine Verlagerung quasi in die Gesundheitsregion Franken. Auf diesen großen Wurf können gerade auch wir aus Nordbayern stolz sein. Dass es tatsächlich ein großer Wurf ist, da bin ich sehr zuversichtlich. Gestern wurde auch in den "Nürnberger Nachrichten" entsprechend berichtet. Am Ende werden über 200 Mitarbeiter von München nach Nürnberg kommen und in Nürnberg Arbeit finden. Das ist ein starkes Signal für Franken und, insbesondere für Nordbayern, ein sehr starker struktureller Impuls.

Als Fazit möchte ich sagen: Wir haben eine Stärkung der Regionen mit qualifizierten und sicheren Arbeitsplätzen. Wir haben eine passgenaue und sehr aktive Strukturpolitik vor Ort – und somit am richtigen Ort. Wir sind auch überzeugt davon, dass strategische Investitionen im ländlichen Raum lohnende Investitionen in die Zukunft und damit in die Heimat von morgen sind. Soviel von meiner Seite und noch einmal der Hinweis:

Lieber Kollege Pohl, wir haben diesen Antrag im Ausschuss sozusagen nicht abgelehnt.

(Harald GÜLLER (SPD): Doch habt ihr! Ihr habt mit Nein gestimmt!)

– Ja, formell haben wir ihn schon abgelehnt. Aber wir haben darauf hingewiesen, dass dieser Antrag eigentlich überholt ist, weil von unserem Finanzminister Dr. Markus Söder ein entsprechender Bericht kommen wird.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Kollege Pohl, eine Zwischenbemerkung. Bitte schön.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Lieber Kollege Herold, ich schließe ja nicht aus, dass auch Sie mal als Mitglied der Staatsregierung diesen Bericht abgeben werden. Momentan ist dazu aber ein anderer Kollege berufen. Ich habe an den Ausführungen, die Sie gemacht haben, wenig zu kritisieren. Wir sind in vielen Bereichen auf einer Linie. Da haben wir unseren Anteil, und da haben Sie Ihren Anteil. Aber Sie weichen den Fragestellungen aus. Es gibt Stimmkarten für Zustimmung, für Ablehnung oder für Enthaltung, aber ich finde keine Stimmkarte für "Überholt". Wenn wir einen Bericht des zuständigen Ministers beantragen, stelle ich erstens die Frage, was dagegen spricht, dem zuzustimmen. Wenn Sie sagen, der Minister Dr. Söder werde seinen Bericht bald abgeben, so stelle ich zweitens die Frage, ob Sie uns dafür ein konkretes Datum nennen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Herold.

**Hans Herold (CSU):** Ich bin nicht dazu befugt, ein Datum zu nennen. Das ist letztendlich die Entscheidung unseres Staatsministers Dr. Markus Söder. Aber ich habe ja darauf hingewiesen, dass er den Bericht zeitnah abgeben wird.

(Harald Güller (SPD): Dann stimmt's halt zu!)

Es gibt auch von Ihnen keinen konkreten Datumsvorschlag, jedenfalls habe ich davon nichts gehört. Ich habe darauf hingewiesen, dass ein Bericht sicherlich zeitnah kommen wird. Ich denke, damit ist die Sache letztendlich klipp und klar dargestellt.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt für die SPD-Fraktion: Frau Kollegin Biedefeld. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Susann Biedefeld (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden und diskutieren über einen Berichtsantrag der FREIEN WÄHLER – einen Berichtsantrag. Das muss man sich schon mal auf der Zunge zergehen lassen. Es handelt sich um einen Berichtsantrag, der im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und im Haushaltsausschuss abgelehnt worden ist – abgelehnt!

Kollege Herold, ich verstehe Sie und die CSU-Fraktion nicht. Sie sagen: Der mündliche und schriftliche Bericht kommt. Aber wenn er kommt, dann können Sie doch diesem Antrag zustimmen. Ich weiß nicht, warum man diesem Antrag, einem Berichtsantrag, einem Antrag auf Information nicht zustimmen kann. Uns ist unerklärlich, warum Sie sich dem so verweigern.

(Zuruf von der CSU: Weil er überholt ist! – Harald Güller (SPD): Das hat Ihnen der Söder aus dem Ministerium so diktiert!)

– Ja genau, Kollege Güller hat recht. Der Minister Söder hat es so diktiert. Prince Charles äußert es, das Volk, in diesem Falle das Parteivolk, folgt ihm. Nichts anderes!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Sollten Sie jetzt den Versuch gestartet haben, diesen Bericht zu geben – Kollege Pohl, man hatte ja den Eindruck, nicht wahr? –, dann ist dieser Versuch misslungen. Lesen Sie sich den Antrag und die Fragen durch. Ich würde sagen, das geht am Thema vorbei. Eine Frage lautet: "Für welche der geplanten Behördenverlagerungen gibt es mittlerweile einen Projekt-, Zeit- und Finanzplan, und wie sieht dieser gegebenenfalls aus?" – Kein Wort dazu.

(Hans Herold (CSU): Das kann ich nicht beantworten! Das ist nicht meine Aufgabe!)

Es ist also nicht nachvollziehbar, weshalb Sie die Informationen ablehnen. Ich finde eigenartig, dass Sie immer sagen: zu gegebener Zeit. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur hat sich der Minister zu gegebener Zeit bereits geäußert, nämlich am 2. März 2017.

(Hans Herold (CSU): Das ist doch okay! Das ist doch in Ordnung!)

– Ja, aber das muss man lesen.

(Harald Gütler (SPD): Herr Kollege Herold, wir sind hier schon im Parlament und schauen nicht nur die Presseagenturen an!)

Wenn ich in der Pressemitteilung des Ministeriums und in meiner Heimatzeitung nachlese, sehe ich: Das war eine Selbstbeweihräucherung. Soeben hat der Kollege Herold auch eine Selbstbeweihräucherung versucht. Aber es war nichts Konkretes, hier wie dort nichts Konkretes. Die Presse-Agentur hat das natürlich aufgegriffen, aber es wurde nichts Konkretes gemeldet. Also: Wieder eine große Ankündigung von Taten, aber nichts Konkretes dahinter.

Von daher kann ich nur sagen: Ich verstehe nicht, warum Sie einem Antrag auf Information, einem Berichtsantrag, nicht zustimmen. Inzwischen ist ein Vierteljahr vergangen. Wie gesagt, gab es am 2. März die Meldung der Deutschen Presse-Agentur, am 3. März gab es Berichte in den Medien, in den Tageszeitungen. Ein Vierteljahr später

gibt es den angekündigten, versprochenen Bericht immer noch nicht, und Sie können noch nicht einmal ein Datum nennen, wann der Finanz- und Heimatminister diesen Bericht abgeben wird. Sie können dann natürlich sagen: Der Antrag wurde ja noch nicht beschlossen, warum soll es also einen Bericht geben? Ich frage mich, was für ein Verhalten gegenüber dem Parlament und was für ein Verständnis von Parlament das ist. Der Minister meint, zu gegebenem Zeitpunkt könne er sich gegenüber einer Presseagentur äußern, aber dem Landtag könne er diese Informationen vorenthalten. Ich weiß nicht, welches Selbstverständnis Sie von einer Partei und von einem Parlament haben. Ich kann das nicht nachvollziehen.

Wir als SPD schließen uns dem Antrag der FREIEN WÄHLER an. Wir fordern Sie noch einmal auf, diesen Bericht nicht zu gegebener Zeit, sondern zeitnah abzugeben und die Fragen konkret zu belegen. Wir fordern, dass Sie Zahlen, Daten und Fakten ohne Phrasendrescherei, leere Aussagen und Sprücheklopferei auf den Tisch legen. Wir wollen sehen, ob es sich wirklich, wie von Ihnen angekündigt, um die größte Behördenverlagerung der jüngeren bayerischen Geschichte handelt. Das sind große Worte. Wir hätten dazu gerne Zahlen, Daten und Fakten. Sie hatten auch schon festgestellt, dass diese Verlagerung funktionieren wird. Auch dieses Funktionieren soll mit Daten, Fakten und Zahlen belegt werden: wo, wann, was, wie und zu welchen Kosten. Diese Fragen möchten wir beantwortet haben.

Insofern also: Bislang viel Lärm um nichts! Informationsblockade vonseiten der Mehrheitsfraktion hier in diesem Haus. Ein Gesamtkonzept gibt es wohl offensichtlich doch nicht, etwas anderes kann man nicht entnehmen. Mal sehen, wie lange der Minister und sein Ministerium brauchen, um ein entsprechendes Gesamtkonzept zu erarbeiten und endlich auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Kollege.

**Markus Ganserer (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Behördenverlagerungen vom überhitzten Ballungsraum München in den ländlichen Raum lösen mit Sicherheit nicht alle Probleme, mit denen Kommunen in peripheren Räumen zu kämpfen haben. Aber sie setzen positive Signale. Insofern kann Behördenverlagerung im Einzelfall durchaus sinnvoll sein. Hierzu müssen aber bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein.

Erstens. Die Arbeit muss am neuen Standort genauso gut erfüllt werden können wie am bisherigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Die Behördenverlagerung funktioniert natürlich nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg. Das muss im Einvernehmen mit den Beschäftigten gelöst werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Der Nutzen muss in einem angemessenen Verhältnis zum finanziellen Aufwand stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zumindest beim Punkt zwei der Kriterien scheint der Finanzminister als oberster Dienstherr aus den Fehlern der CSU-Regierung unter der Ära Stoiber gelernt zu haben.

(Widerspruch des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Im Zweifelsfall kann gegen den Widerstand der Verwaltung kein erfolgreicher Staat gemacht werden. Hinsichtlich der Kriterien eins und zwei und auch des Kriteriums drei in Teilen erscheint es berechtigt, einzelne Standortentscheidungen kritisch zu hinterfragen. Ich möchte als Beispiel die Verlagerung des gesamten Gesundheitsministeriums nach Nürnberg nennen. Für die Bewerkstelligung der Behördenverlagerung wurden mir nichts, dir nichts Dutzende Stellen geschaffen. Wir, die GRÜNEN, haben

nichts gegen die Schaffung zusätzlicher Stellen bei entsprechendem Bedarf. Hier seien nur der Bildungsbereich und die Polizei zu nennen. Jedoch können nicht einfach für die Verlagerung von Behörden zusätzliche Stellen geschaffen werden, wenn im gleichen Atemzug in anderen Behörden und Verwaltungsbereichen, wie im Forstbereich, die Axt an die Stellen angelegt wird. Hier werden Stellen eingespart und gestrichen. Das ist schon äußerst fragwürdig. Was hat die Behördenverlagerung für die Stadt Nürnberg gebracht? – Die Stadt Nürnberg hat zweifellos mit dem Strukturwandel zu kämpfen und hat entsprechende Strukturhilfe verdient. Diese ist dringend notwendig. Herr Söder hat sich groß dafür feiern lassen, durch sein Home Office, das Heimatministerium, noch zusätzliche Stellen nach Nürnberg zu bringen. Mit dem Verlagerungskonzept mussten dann Stellen vom Finanzamt Nürnberg nach Unterfranken abgegeben werden. Es wurden Stellen vom Staatlichen Bauamt nach Schweinfurt verlagert. Das Ergebnis war, dass die Behördenverlagerung für seine Heimatstadt Nürnberg bei den Stellen in der Summe ein Minusgeschäft gewesen wäre. Dies wieder auszugleichen, war vielleicht der Grund dafür, zusätzlich das Gesundheitsministerium zu verlagern. So macht das keinen Sinn. Das ist eine Sache, die kritisch hinterfragt werden muss, auch an anderen Standorten.

Die Fragen, die die FREIEN WÄHLER in ihrem Berichtsantrag formuliert haben, sind aus unserer Sicht durchaus berechtigt. Ich appelliere an Sie: Wenn angeblich alles so super, super läuft, wenn die Behördenverlagerung einwandfrei läuft, dann können Sie doch problemlos zum Antrag stehen und haben nichts zu verbergen. Ich versteh nicht, wieso Sie einen solchen Berichtsantrag ablehnen. Es ist guter Brauch im Hohen Hause, dass die Mehrheitsfraktion in der Regel die Berichtsanträge der Opposition durchgehen lässt und diesen zustimmt. Ich habe kein Verständnis für Ihre Blockadehaltung. Ich weiß nicht, was Sie hier zu verheimlichen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat der Herr Staatssekretär Füracker um das Wort gebeten.

**Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag ist wahrscheinlich deswegen abgelehnt worden, weil er völlig unnötig ist. Der Bericht im Haushaltsausschuss erfolgt gerne und jederzeit. Dies wurde bereits zugesagt. Bereits am 19.10.2016 hat der Minister Söder im Haushaltsausschuss freiwillig zugesagt, dass er gerne wieder über die Behördenverlagerung berichten wird. Das ist überhaupt kein Problem. Ein paar Informationen kann ich Ihnen bereits heute geben, falls Sie das interessiert. Der Minister kommt jederzeit gerne in den Haushaltsausschuss.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wann?)

Viele Redner haben bereits richtig erkannt, dass es sich bei der Behördenverlagerung um eine große strukturpolitische Maßnahme handelt. 2015 haben wir tatsächlich mit der größten Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen in den letzten Jahrzehnten begonnen. Es gibt über 3.000 betroffene Bedienstete und Studenten. Sie kennen das ja. Zuvor gab es bereits die Verlagerung des zweiten Dienstsitzes des Heimatministeriums nach Nürnberg. Jetzt kommt die Verlagerung des Gesundheitsministeriums on top, neben den bereits erwähnten 2.225. Außerdem gibt es die Neugründung des Landesamts für IT-Sicherheit, LSI, in Nürnberg. Das ist auch noch einmal eine starke Maßnahme. Herr Ganserer ist zwar der Meinung, damit könne man Nürnberg auch nicht retten. Aber wir sind anderer Auffassung. Das tut Nürnberg und dem nordbayerischen Raum sehr gut in der Sache, in Bezug auf das Selbstbewusstsein der Region und in Bezug auf die Menschen, die dort Dienst tun können. Als jemand, der sich im Heimatministerium gut auskennt, kann ich Ihnen sagen, dass jede Woche viele Menschen dankbar für die Anlaufstellen auf dieser Ebene in Nordbayern sind. Die Kommunalpolitiker sind jedes Mal froh, dass sie für die unzähligen Besprechungen, die in unserem Hause stattfinden, nicht bis nach München fahren müssen. Für viele Bedienstete ist es eine Möglichkeit, einen hoch qualifizierten, behördlichen Arbeitsplatz zu finden.

(Beifall bei der CSU)

Sie können das schlechtreden. Das können Sie machen. Wir tun das nicht. Dieser Prozess geht auch völlig geordnet vonstatten. Der Prozess wird klug strukturiert und geht nicht im Hauruckverfahren. Niemand hat jemals behauptet, dass das Ganze innerhalb eines Jahres umgesetzt wird. Von Anfang an gab es die klare Ankündigung, dass die Behördenverlagerungen einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren einnehmen würden. Dies hat einen ganz besonderen Grund. Diesen haben Sie heute bereits lobend hervorgehoben. Wir gehen mit unseren Bediensteten eben ordentlich um. Wir haben den Bediensteten zugesagt, dass niemand gegen seinen Willen umziehen muss. Daher ist zunächst die Stelle am Zielort erforderlich, um dort besetzen zu können. Das dauert halt ein paar Jahre länger. Wenn Ihnen das zu lange dauert, dann müssen Sie sagen, dass wir mit Zwangsversetzung arbeiten sollen. Aber das will wohl auch niemand. Deswegen ist unser Personalrahmenkonzept sozialverträglich und kann bis zu zehn Jahre dauern. Es muss aber nicht so lange dauern. Ich kann Ihnen hier gleich noch sagen, dass wir bereits auf einem sehr schnellen Kurs sind.

Im Übrigen geht diese Strategie total auf. Wir haben bereits jetzt schon unglaublich viele Versetzungswünsche, mehr als 300 in die Zielregionen. Und das jetzt schon! Auch für die Neueinstellungen in den Zielregionen gibt es ein unglaublich großes Interesse. Es gibt fast 2.000 Menschen, die das gut finden, weil sie in ihrer Heimat bleiben können. Sie können einen qualifizierten, behördlichen Arbeitsplatz anstreben, und das auch in der Nordoberpfalz, im Bayerischen Wald, in Unterfranken, in Westmittelfranken und selbst in Oberbayern. Dort verlagern wir ja auch Behörden in die ländlichen Bereiche, die sich demografisch gesehen schwerer tun.

Meine Damen und Herren, deswegen ist das eine etwas komplexere Angelegenheit. Es ist einfach, sich hierher zu stellen und zu fragen: Seid ihr da überhaupt auf dem richtigen Weg? Funktioniert das überhaupt? – Machen Sie sich keine Sorgen. Es funktioniert wunderbar. Wenn der Minister berichtet, werden Sie alle Details mit ihm besprechen können. Heute sei nur so viel gesagt: Die Spanne der Themen ist natürlich sehr groß, und die Themen sind höchst unterschiedlich. Es gibt zum Beispiel sofort

umsetzbare Projekte. Klar ist, ein Förderbüro der BayernLabo kann sofort nach Grafenau verlagert werden. Das ist 2016 geschehen. Der Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz dauert ein bisschen länger, als sich hierher zu stellen und zu fragen, was sie genau kostet, wann sie fertig ist und wann die Türe aufgeht. Die Tatsache, dass wir überall einen ersten und maßgeblichen Schritt machen, beweist, dass wir uns bei der Unterbringung überall vor Ort engagieren. Für jedes Projekt wird bereits jetzt Flächenmanagement betrieben. Die IMBY hat diese aufwendigen Abstimmungsprozesse schon längst begonnen. Hören Sie zu: Für rund 60 % aller Verlagerungsprojekte steht bereits die langfristige Unterbringung fest. Über 90 % der Verlagerungsprojekte sind bereits entschieden, teilweise durch temporäre Unterbringungen. Diese Verlagerungsprozesse finden in allen Regierungsbezirken statt.

Ich gebe Ihnen noch ein paar konkretere Informationen, die Sie wissen wollten. Im ersten Quartal 2017 haben bereits sechs Behörden den Dienstbetrieb aufgenommen. Dazu zählen die Landesbaudirektion Bayern in Ebern, die Aufstockung des Finanzamtes in Lohr am Main, die Dienststelle der Autobahndirektion in Deggendorf, die Bearbeitungsstelle des Finanzamtes in Höchstädt, das Bayerische Naturflächenmanagement, Gesteinssammlung des Landesamts für Umwelt in Hof und das Grüne Zentrum in Münchberg. Noch in diesem Jahr werden diese weiteren fünf Behörden folgen: BayernLab Bad Neustadt an der Saale, Zentrum Bayern Familie und Soziales in Kemnath, die Außenstelle des StMBW – Prüfungsamt – in Gunzenhausen und die Geodatenbank Bayern des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Waldsassen. Bis Ende 2018 werden rund 75 % der Verlagerungsprojekte mit über 1.000 Beschäftigten und Studierenden und damit rund ein Drittel des gesamten Verlagerungsvolumens vor Ort sein.

Wir sind voll auf Kurs. Wir brauchen uns – da haben Sie völlig recht – nicht zu verstecken. Wir berichten gerne. Die Kommunen vor Ort und die Menschen vor Ort betrachten diese Behördenverlagerung nicht nur als gute Idee, sondern auch als in höchstem

Maße gelungen. Wir sind auf dem besten Wege. Deswegen ist es richtig, dass wir diesen Weg zielstrebig fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dem Antrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER "Selbstbestimmtes Leben im Alter I – Stärkere Förderung von generationenübergreifenden Wohnformen" auf Drucksache 17/14222 bekannt geben. Mit Ja haben 55 gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)